



CDU

Arnulf von Eyb MdL

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sommerferien stehen vor der Tür und damit ist auch die letzte Plenarwoche vor der politischen Sommerpause diese Woche zu Ende gegangen. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine schöne Zeit und gute Erholung.

Ich freue mich auf viele weitere Begegnungen mit Ihnen im Anschluss.

Asylpolitik – Konzept dringend notwendig

Bis Ende dieses Jahres werden voraussichtlich 50.000 Asylbewerber nach Baden-Württemberg kommen und damit mehr als doppelt so viele wie noch im vorherigen Jahr. Die Unterbringung von Asylsuchenden ist damit eine der größten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des Jahres. Viele Kommunen im Land stoßen bereits jetzt an ihre Belastungsgrenze. Das Integrationsministerium ist mit der Koordinierung und Steuerung der Aufgabe schlichtweg überfordert – ich hatte Ihnen in meinem letzten

Newsletter hierzu bereits nähere Ausführungen gemacht – und von Grün-Rot vernimmt man nur widersprüchliche Aussagen. Einen Aktionsplan gibt es nicht, dabei wäre dieser dringend erforderlich.

Die CDU Fraktion hat deshalb diese Woche ein Konzept zur Bündelung von Zuständigkeiten vorgestellt. Ziel ist es, staatliche Strukturen effizienter auszurichten. Dazu sollen sogenannte Landeskompetenzzentren für Asyl und Flüchtlinge (LAF) eingerichtet werden, in denen Landeserstaufnahmestellen, Ausländerbehörden, Verwaltungsgerichte, kommunale Unterbringung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge unter einem Dach zusammengeführt werden. Denn das Auseinanderfallen der Zuständigkeiten ist ein maßgeblicher Grund für die lange Verfahrensdauer. Asylsuchende und Flüchtlinge sollen sich in diesen zentralen Einrichtungen so lange aufhalten, bis ihre Verfahren rechtskräftig abgeschlossen sind und sie im Anschluss auf die Kommunen verteilt werden können. Auf der anderen Seite gilt es,

die konsequente Rückführung bei Ablehnung zu beschleunigen. Dies ist auch im Interesse der vielen weiteren Asylsuchenden, deren Verfahren so schneller bearbeitet werden können sowie der zahlreichen Ehrenamtlichen vor Ort, die sich mit vielen Initiativen um eine Integration der wirklich Hilfsbedürftigen bemühen.

Auch ist angedacht, das Angebot an Sachleistungen zu erweitern, um Migrationsanreize entfallen zu lassen. Für besonders sinnvoll halte ich es, Außenstellen der Verwaltungsgerichte in den LAF einzurichten, um gerichtliche Verfahren schneller abzuschließen. Hier besteht aktuell der größte Mangel.

Zudem gilt es, Kreise und Kommunen zu entlasten. Die zum Jahreswechsel verordnete Steigerung der individuellen Mindestwohnfläche von 4,5 auf 7 Quadratmeter je Person, stellt viele Kommunen vor erhebliche Probleme – dies gilt insbesondere für Städte und Gemeinden, die bereits über eine angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt verfügen. Längere Übergangsfristen

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:

Arnulf Freiherr von Eyb, MdL

Schloß 2

74677 Dörzbach

Tel.: 07937-8033118

Email: info@arnulf-von-eyb.de

www.arnulf-von-eyb.de





CDU

Arnulf von Eyb MdL

könnten für eine Entlastung sorgen. Auch sollte man den Kommunen eine gewisse baurechtliche Flexibilität zugestehen, so dass Auflagen wie die Dachbegrünung oder Mindestanzahl an Stellplätzen entfallen können.

Es ist unsere humanitäre Verpflichtung, denjenigen, die aus Sorge um Leib und Leben zu uns kommen, zu helfen. Dies können wir aber nur tun, wenn wir auf der anderen Seite eine konsequente Rückführung bei Personen betreiben, die keine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Auch Grün-Rot muss dies endlich anerkennen und entsprechend handeln.

Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes beschlossen

Am Mittwoch wurde gemeinsam mit den Stimmen aller Fraktionen das Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes beschlossen, welches zuvor in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde. Dies zeigt, dass auch in einigen schwierigen Themen eine ge-

meinsame Lösung möglich ist. Das Gremium kann bereits im Anschluss an die Sommerpause gewählt werden und seine Arbeit aufnehmen. Das bisher bestehende G 10-Gremium wird durch ein ordentliches parlamentarisches Kontrollgremium ersetzt und mit neuen Rechten ausgestattet. So werden Kompetenzen gebündelt und Standards künftig gesetzlich geregelt. Dazu zählt auch die gesetzliche Regelung für den Einsatz von V-Leuten, welche für stärkere Transparenz sorgen soll. Auch die Grenzen für den V-Leute Einsatz sind künftig klar definiert. Damit kann eine größere Transparenz in der Öffentlichkeit erreicht werden.

Auch wenn dieser Neuregelung kein Verfassungsschutzskandal in Baden-Württemberg zugrunde liegt, lässt sich doch ein allgemeiner Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber staatlichen Einrichtungen bedingt durch Skandale in anderen Bundesländern feststellen.

Diesem wird nun Rechnung getragen und die parlamentarische Kontrolle mit umfassende-

ren Rechten versehen. Der Landtag übernimmt damit mehr Verantwortung für den Verfassungsschutz als bisher und kann gleichzeitig der öffentlichen Erwartungshaltung umfassend gerecht werden.

Regionale Schulentwicklung –Grün-Rot bleibt Antworten schuldig

Ein Thema, welches bereits in der Vergangenheit immer wieder im Landtag diskutiert wurde, ist die regionale Schulentwicklung. Bis heute liefert Grün-Rot keine oder nur ausweichende Antworten auf die vielen Fragen, die damit einhergehen. Ein umfassendes Konzept? Fehlanzeige.

Eine Frage, die sich dabei immer wieder stellt, ist die nach den Lehrern der Haupt- und Werkrealschulen, die es nicht mehr geben soll. Wie werden diese Lehrerinnen und Lehrer auf ihre neue Rolle vorbereitet? Welche Fortbildungskonzeption ist vorgesehen?

Von der Landesregierung hört man nur wenig. Obwohl die Fraktionsvorsitzende der Grünen Sitzmann angekündigt hat,

So können Sie mich erreichen:

Wahlkreis:

Arnulf Freiherr von Eyb, MdL

Schloß 2

74677 Dörzbach

Tel.: 07937-8033118

Email: info@arnulf-von-eyb.de

www.arnulf-von-eyb.de





dass im Zuge der Umstellung das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten müsse, gibt es auf eine Anfrage der CDU Fraktion die schriftliche Antwort der Landesregierung, dass die bisherigen Fortbildungsmaßnahmen keine berufsqualifizierenden Prüfungen beinhalten und daher keine Auswirkung auf die Besoldung haben.

Es gilt wie so oft: Zwischen dem, was die Regierung tut und was sie verkündet, besteht eine große Differenz.

Auch bei der Frage nach konkreten Weiterbildungsmaßnahmen gibt es erstaunliche Antworten. Im März 2015 antwortet die Regierung, dass Module geplant sein. Für 2015 wohl gemerkt. Dabei müssten Weiterbildungsmaßnahmen in dieser Zeit eigentlich schon längst durchgeführt werden. Hier geht es um Unterrichtsqualität. Davon sind nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer betroffen, sondern auch Schülerinnen und Schüler. Doch statt überzeugende Antworten zu liefern, schiebt Grün-Rot den schwarzen Peter der CDU zu. Natürlich trägt Grün-Rot

nicht die Verantwortung für den demografischen Wandel. Aber die Landesregierung trägt im erheblichen Maße dazu bei, dass sich die Situation für viele Schulen im ländlichen Raum noch verschärft – als Stichwort nenne ich die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Auch in der Debatte über den Antrag ist wieder einmal deutlich geworden, dass Grün-Rot kein überzeugendes Konzept vorlegen kann. Es ist eher zu fragen, ob überhaupt eines vorliegt.

Eine wirkliche regionale Schulentwicklung sieht anders aus. Sie muss dem Grundsatz „Eigenverantwortung vor Ort“ folgen und damit stabile Rahmenbedingungen schaffen.

Ihr

**So können Sie
mich erreichen:**

Wahlkreis:

Arnulf Freiherr von Eyb, MdL

Schloß 2

74677 Dörzbach

Tel.: 07937-8033118

Email: info@arnulf-von-eyb.de

www.arnulf-von-eyb.de

